

München und das Verbrechen im öffentlichen Raum

Die Spitze des Eisbergs

Von Gerd Held

Erst allmählich wird sich die Öffentlichkeit gewahr, welch monströses Verbrechen am Samstag auf einem S-Bahnsteig in München-Solln verübt wurde. Zwei junge Männer haben einen 50 Jahre alten Mann zu Tode getreten, weil er sie daran hindern wollte, von vier Jüngeren Geld zu erpressen. Das war keine „blinde Gewalt“, wie so oft ohne Nachdenken hingeschrieben wird. Keine Prügelei pubertierender Jugendlicher, keine unglückliche Eskalation. Man muss nur einmal wirklich hinschauen: Der Mann sieht auf einem S-Bahnhof ein paar Stationen vorher, wie die beiden Täter die 13- bis 15-Jährigen zur Herausgabe von 15 Euro zwingen wollen. Er weist sie zurecht und begleitet die bedrohten Jugendlichen im Zug bis nach Solln. Die Täter aber lassen nicht ab, sondern steigen auch in den Zug. Sie wollen von ihrer Beute nicht lassen, offenbar fühlen sie auf ihrem Terrain. Auf dem Bahnsteig in Solln schlagen sie dann zu. Nicht einmal, nicht zweimal, sondern immer wieder. Auch als der Mann schon regungslos auf dem Boden liegt, treten sie noch auf ihn ein. Er stirbt. Es ist eine kalkulierte Tat, eine regelrechte Verfolgungsjagd, die deutlich einen Willen zum Vernichten zeigt. Hier soll ein Mensch, der sich dem Gesetz des Stärkeren mit Zivilcourage entgegenstellt, exemplarisch ausgelöscht werden. Hier geht es nicht nur um gewaltsamen Raub, nicht nur um ein Privatdelikt, sondern auch um Macht. Die Täter haben wie Kriegsherren gehandelt, die für sich das Recht beanspruchen, in „ihrem Gebiet“ andere Menschen zu unterwerfen. Mitten in unserem Land, mitten am hellen Nachmittag und im öffentlichen Raum wird ein Mensch, der vorbildlich Zivilcourage ge-

zeigt hat, buchstäblich hingerichtet. Die Tat ist nicht nur Ausdruck einer persönlichen Verrohung, sondern sie trägt auch totalitäre Züge. Sie ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, auch wenn sie von nur zwei Tätern und ohne große Ideologie verübt wurde.

Der Fall steht nicht allein. Unsere Gesellschaft muss sich mit einem neuen Typus von Verbrechen befassen, bei dem die Täter nicht nur mit äußerster Brutalität vorgehen, sondern auch ihr eigenes Gesetz machen und ihr eigenes Territorium beanspruchen. In Berlin sind seit Jahresbeginn über 200 geparkte Autos angezündet worden. Vor ein paar Tagen wurde ein Vorfall gemeldet, bei dem eine Gruppe von Polizeibeamten angegriffen wurde und, als sie die Täter verhaften wollte, sich im Handumdrehen von 60 gewaltbereiten Leuten umringt sah. Polizeibeamte sprechen heute offen von NoGo-Areas in manchen Städten, wobei die unterschiedlichsten Tätergruppen am Werk sind. Unmerklich zieht die Gewalt ihre Linien auf Bahnsteigen oder Schulwegen. Kein Stadtplan vermerkt die Wege, auf denen Kinder regelmäßig „abgezockt“ werden. Die Statistik schweigt. Denn mit der Bedrohung wächst die Angst, einen Vorfall zur Anzeige zu bringen. Wäre es in München nicht zum Mord gekommen, wäre in keiner Statistik die Erpressung von 15 Euro aufgetaucht. Wir sehen nur die Spitze vom Eisberg, die extreme Tat erscheint immer als Einzelfall. Die neue Qualität der Bedrohung unserer öffentlichen Räume nehmen wir noch nicht wahr. Wenn es aber so weitergeht, werden wir, die unbewaffneten Bürger, uns die Zivilcourage nicht mehr leisten können. Die unzähligen kleinen Aktionen des

Schützens und Vermitteln, von denen unser öffentlicher Frieden lebt, werden allmählich zum Erliegen kommen.

Man sollte also erwarten, dass das Verbrechen von München große politische Aufmerksamkeit findet. Das Land steht kurz vor den Wahlen zum Bundestag, vorgestern fand die Fernsehdiskussion der beiden Kanzlerkandidaten statt. Man sollte meinen, dass an diesem zentralen Abend ein Wort zu dem Verbrechen und zu dem Gewaltproblem im Land fallen würde. Und dann geschah nichts. Keine Frage und keine Antwort berührte auch nur von Ferne den Vorfall. Das ganze Thema der Inneren Sicherheit spielte nicht die geringste Rolle.

Während am Tag zuvor in Deutschland ein Mensch seine Zivilcourage mit dem Leben büßen musste – im öffentlichen Raum, der dem Staat zum Schutz anvertraut ist – hatte keiner der Anwesenden das Mitgefühl und die Weitsicht, darauf einzugehen. Das ist eine ganz außerordentliche Fehlleistung aller Beteiligten. Diese Unterlassung wird nicht spurlos am öffentlichen Bewusstsein vorbeigehen. Sie wirft ein böses Licht auf die Aufrichtigkeit der Politik in ihrem Verhältnis zum Wähler. Die Innere Sicherheit war einmal eine Aufgabe, bei der gerade das bürgerliche Lager seinen guten Argumente und seinen Realitätssinn unter Beweis stellte.

(Manuskript vom 14.9.2009, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 15.9.2009)